

Haushaltsrede des FFH-Fraktionsvorsitzenden Herrn Ulf Brewer, Anl. 3  
per E-Mail am 27.04.2018 erhalten. Jan Top 4.3

Zuerst mal möchte ich alle Bürger der Gemeinde Hürtgenwald und alle, die aus beruflichen Gründen heute Abend anwesend sind, ganz herzlich begrüßen.

Uns allen hier ist klar, dass die Situation in unserer Gemeinde schwierig ist. Wenn man Hürtgenwald nach den reinen Zahlen misst, dann kann man zu dem Schluss kommen, dass wir eine klassische, strukturschwache, ländliche Kommune sind. Wir sind eben nicht Titz oder Niederzier, die davon profitieren können, dass Menschen aus Düsseldorf oder Köln auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Richtung des Kreises Düren blicken. Genau so sieht es auch bei möglichen Gewerbeansiedlungen aus. Dazu kommt das große Problem, dass die Gemeindefinanzierung in kaum einem anderen Bundesland so ungünstig ist wie bei uns in NRW.

Da sieht man ganz schnell: An die großen Stellschrauben, an denen man drehen müsste, um unsere finanzielle Situation schnell zu verbessern, an die kommen wir gar nicht ran. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, jede Stellschraube, die wir drehen können, so gewissenhaft wie möglich zu überprüfen. Wir haben den Eindruck, dass das nicht in dem Maße der Fall ist, wie es sein sollte.

Die Zahlen liegen ja auf dem Tisch. Wir haben bisher schon die höchste Grundsteuer B im Kreis Düren und auch weit darüber hinaus. Aktuell bedeutet der Hebesatz von 950 Prozentpunkten eine Belastung von etwa 1800 Euro pro Jahr für eine junge Familie, die ein Haus baut. Falls sie denn überhaupt baut.

Wir haben nämlich die Befürchtung, dass 1800 Euro abschreckend wirken auf mögliche neue Bürger. Mit der vom Bürgermeister eingebrachten Steuererhöhung werden aus den 1800 Euro schnell 2000 Euro und mehr.

Wir, jeder von uns Dreien, wir haben damals schon gegen die Erhöhung gestimmt, obwohl wir uns da noch nicht zu einer Fraktion zusammengetan hatten. Wir verstehen das Erhöhen der Grundsteuer B als letztes Mittel, das erst genutzt werden soll, wenn alle andere Möglichkeiten geprüft worden sind. Bitte verstehen Sie uns nicht falsch, wir erachten den sogenannten Sparkommissar nicht als erstrebenswert. Auch wir sind dafür, dass die Gemeinde selbst entscheiden kann, was sie mit ihrem Geld macht. Aber ist der Sparkommissar wirklich so ein Schreckensszenario? Wäre es so schlimm, wenn jemand mit einem neutralen Blick unseren Haushalt durchkämmt?

Dann könnte es nämlich passieren, das wir uns von lieb gewonnenen Einrichtungen verabschieden müssen. Wir alle sind für den Erhalt des Freibades – wenn wir uns das leisten können. Jeder von uns hat eine persönliche Beziehung zum Freibad. Aber so hart das klingt: Wegen eines Freibades gewinnen wir keine neuen Bürger, zumindest nicht in dem Maße wie mit anderen Standortfaktoren. Ja, ich spreche von drei Grundschulstandorten. Welche Frage ist für eine junge Familie wichtiger? Wo kann mein Kind zur Schule gehen? Oder wo ist das nächste Freibad?

Uns ist natürlich bewusst, dass Personalentscheidungen im Rathaus nicht die Angelegenheit des Rates sind. Aber was den Stellenplan angeht – da raten wir zu einer ernsthafteren Prüfung. Beispielsweise, wenn Stellen neu besetzt werden. Müssen sie überhaupt neu besetzt werden? Kann man die Dienstleistung extern vergeben? Lassen sich in bestimmten Bereichen Synergieeffekte erzielen? Beispielsweise, wenn man bei gleicher Qualifikation danach geht, ob der Bewerber Feuerwehrmann ist. Das wäre eine Möglichkeit, den Brandschutz tagsüber zu verbessern.

Bitte interpretieren Sie in unsere Ausführungen nicht die Forderung nach dem Streichen von Stellen. Das liegt uns fern. Wir sind nämlich davon überzeugt, dass die Mitarbeiter in der Verwaltung einen guten Job machen.

Trotzdem: Die Suche nach Synergieeffekten sollte unserer Meinung nach intensiviert werden. Wir haben bisher das Gefühl, dass die Politik in Hürtgenwald nur reagiert, statt zu agieren. Es muss erlaubt sein, zu fragen, ob man Stellen im Bauamt, im Ordnungsamt oder im Standesamt überhaupt schon einmal auf den Prüfstand gestellt hat. Unserer Kenntnis nach ist das nicht der Fall. Warum sucht man nicht mit anderen Kommunen zusammen nach Synergieeffekten, nach Ämtern, die vielleicht besser ausgelastet werden können, wenn sie für mehr als eine Kommune zuständig sind? Auf Dauer könnte das bedeuten, dass man Stellen einsparen kann, auch ohne Entlassungen. Warum vergibt man Aufgaben nicht mal extern, um dann nach einer gewissen Zeit zu prüfen, ob das eine finanzielle Entlastung bedeutet, statt jemanden neu einzustellen?

Wir sind der festen Überzeugung, dass die drei Schulstandorte in ihrer jetzigen Form sinnvoll sind. Wir müssen sie zu einem Vorteil, zu einer Stärke für uns machen. Das sind Faktoren, mit denen man Zuzug generieren kann. Zuzug ist die größte Stellschraube, die wir beeinflussen können, wenn auch nur sehr indirekt. Wir brauchen dafür einen sehr langen Atmen und den Mut, zu agieren, statt zu reagieren. Was ist die Alternative? Aufhören zu atmen?

Aus unserer Sicht nicht. Wir brauchen den Mut, auch Fragen zu stellen, die man bisher nicht gestellt hat. Und wir brauchen die Muße, die Ergebnisse anschließend abzuwägen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wir müssen nach Synergien suchen und unsere Stärken noch deutlicher herausarbeiten, damit wir nicht strukturschwach erscheinen, sondern idyllisch und touristisch interessant. Mit der Zusammenlegung von Schulstandorten und Haushaltsansätzen, die wie Horrorszenarien erscheinen, schaffen wir das ganz bestimmt nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.